

Die  
„Weiserich-Zeitung“  
erscheint wöchentlich drei-  
mal: Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. —  
Preis vierteljährlich 1 M.  
25 Pfg., zweimonatlich  
84 Pfg., einmonatlich 42  
Pfg. Einzelne Nummern  
10 Pfg. — Alle Postan-  
stalten, Postboten, sowie  
die Agenten nehmen Be-  
stellungen an.

# Weiserich-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträthe zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 49.

Sonnabend, den 25. April 1885.

51. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

**Deutsches Reich.** König Oskar II. von Schweden, welcher anlässlich seiner Rückreise von Konstantinopel nach Stockholm am Dienstag einen zwölfstündigen Aufenthalt am Berliner Hofe genommen hatte, hat daselbst seitens der kaiserlichen Familie den herzlichsten Empfang gefunden. Am Bahnhof wurde der hohe Reisende vom Kaiser, vom Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm von Preußen begrüßt, wobei der Kaiser seinen erlauchten Gast wiederholt umarmte. — Seit dem Wiederausbruch des Reichstages hat die Zolltarifnovelle fast den ausschließlichen Gegenstand seiner Verhandlungen gebildet und man muß anerkennen, daß er dieselben in möglichster rascher Weise gefördert hat. Auch zur Erledigung der Viehzölle — wenigstens ihrer hauptsächlichsten Positionen — hat der Reichstag noch nicht einmal zwei volle Sitzungen gebraucht, denn er verwendete hierauf nur die Montags- und einen Theil der Dienstagsitzung, während man geglaubt hatte, daß die Verathung über diesen wichtigen Abschnitt der Vorlage mehrere Tage erfordern würde. Augenscheinlich macht sich aber im Reichstage mehr und mehr eine gewisse Ermüdung und außerdem bei den Gegnern der Vorlage das Gefühl geltend, daß alle ihre Anstrengungen zur Abwendung der Zollerhöhungen nutzlos seien. Letzteres tritt allerdings in Anbetracht der Erfolge, welche die „freie wirtschaftliche Vereinigung“, wie bei den Getreidezöllen, so jetzt auch bei den Viehzöllen verzeichnen kann, klar zu Tage. So wurden am Montag die von der schützöllnerischen Koalition beantragten Zollerhöhungen für Pferde, Stiere und Kühe, Ochsen, Jungvieh und Kälbern trotz der Gegengründe und Einwendungen, die vorzugsweise von Seiten der Deutschfreisinnigen gemacht wurden, sämmtlich angenommen und derselbe Vorgang wiederholte sich am Dienstag. Auch an diesem Tage drangen die Anträge der wirtschaftlichen Vereinigung durch und betrag demnach nunmehr der Zoll für Schweine 6 M. (bisher 2 M. 50 Pf.) und für Spanferkel 1 M. (30 Pf.); auch die von der Vereinigung beantragte Erhöhung des Fleischzollens von 12 auf 20 M. wurde, trotzdem daß die linksliberalen und die sozialistischen Redner diesen Antrag lebhaft bekämpften, genehmigt. Schließlich überwies das Haus noch einen, die Position „Garne“ betreffenden Antrag der Abgg. Löwe, Bamberger und Gen. der Kommission zur Berichterstattung; am Mittwoch setzte das Haus die Verathung des Zolltarifs fort. — Zwischen den Erben des Herzogs von Braunschweig, dem König von Sachsen und dem Herzog von Cumberland, und den Intestaterben (Prinz Alexander von Hessen, Herzogin von Hamilton, Fürstin von Hohenzollern und Herzogin Mar in Bayern) haben seit längerer Zeit Verhandlungen wegen Herausgabe eines Theiles des herzoglichen Nachlasses stattgefunden. Die Verhandlungen haben zu einer Verständigung dahin geführt, daß jeder der beiden Haupterben eine halbe Million wieder herauszahlt, so daß die vier Intestaterben zusammen eine Million Mark erhalten. Mit dem Herzog von Cumberland ist der Vertrag bereits perfekt geworden und auch die Zustimmungserklärung des Königs von Sachsen wird mit Sicherheit erwartet.

**England.** Der englisch-russische Konflikt beherrscht noch immer vollständig die allgemeine politische Lage und nach wie vor ist der Ausgang desselben zweifelhaft. Fast von einem Tag zum andern wechseln die Nachrichten über den Stand der afghanischen Grenzfrage und wenn sie heute friedlich klingen, so nehmen sie dafür morgen eine schärfere Tonart an, um dann übermorgen wieder beruhigender zu klingen. Indessen, so schlimm ist indessen die Lage nicht, daß man an der Erhaltung des Friedens schier verzweifeln müßte. Engländerseits beschuldigt man freilich die Russen, daß sie maßlose Forderungen aufstellten, andererseits ver-

lautet aber mit Bestimmtheit, daß Russland nur an seinen ursprünglichen Forderungen festhalte, während die russische Regierung allerdings auf das englische Verlangen, Russland solle sich verpflichten, nach Fixirung der neuen afghanischen Grenze unter keinen Umständen über dieselbe hinauszuweichen, lediglich in allgemeinen Versicherungen geantwortet hat. Dazwischen spielt immer wieder die Frage hinein, wer denn eigentlich den Zusammenstoß am Ruskhflusse verschuldet habe und geben die jetzt in London eingelaufenen Berichte des englischen Grenzkommissars Lumsden den Russen hierüber entschieden die Schuld, man würde aber gut thun, die englischen Darstellungen nicht so ohne Weiteres auf Treu und Glauben hinzunehmen, wenigstens scheint die Haltung des russischen Generals Komaroff bis jetzt eine durchaus korrekte gewesen zu sein. Daß bei dem schwankenden Stande der Dinge Russland wie England ihre Vorbereitungen fortsetzen, um bei einer kriegerischen Wendung des Streites nicht vom Gegner überrast zu werden, darf nicht Wunder nehmen. So hat Lord Granville im englischen Oberhause eine Kreditforderung von 11 Millionen Pfd. Sterl. eingebracht, von denen 4 1/2 Millionen für den Sudan, der Rest für „allgemeine“ Mittel auf den Sudan bezügliche Vorbereitungen verwendet werden soll. Er erklärte hierbei, die Regierung wünsche lebhaft, freundschaftliche Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten zu unterhalten. Die Vermehrung der Militär- und Seekräfte Englands werde den Wunsch nicht ändern, jede Differenz in freundschaftlicher Weise zu lösen. Ähnliche Erklärungen gab Gladstone im Unterhause ab. Der Wunsch des Londoner Kabinetts, zu allen auswärtigen Mächten friedliche Beziehungen zu unterhalten, erscheint um so begreiflicher, als in den ägyptischen Angelegenheiten eine ernste Differenz zwischen England und Frankreich droht, welche ersterem Staate bei seinen gegenwärtigen Verlegenheiten in Centralasien, dem Sudan und Canada nichts weniger als angenehm sein kann. Bekanntlich ist das in Kairo erscheinende französische Journal „Le Bosphore Egyptien“ von der ägyptischen Regierung unterdrückt worden, wegen unaufhörlicher Hefereien gegen letztere, und ist es hierbei zur Mißhandlung französischer Konsularbeamten gekommen. Frankreich hat nur für diese Beleidigung Genugthuung von der ägyptischen Regierung gefordert, diese macht aber allerhand Ausflüchte und steckt sich offenbar hinter das Londoner Kabinet, zwischen welchem und der französischen Regierung nun die Angelegenheit weiter spielt. Die Sache wird dadurch noch komplizierter, daß die Pforte das Verfahren der ägyptischen Regierung gebilligt hat, und läßt sich der Ausgang dieser verschlungenen Affaire noch nicht im Mindesten vorhersehen. Für die Befestigung der englischen Position im Pharaonenlande wird aber jedenfalls der Beschluß der Londoner Regierung, die Kolonne des Generals Graham aus dem Ostsudan zurückzuziehen, förderlich sein. Lediglich die Eisenbahn von Suakin soll bis Sambuf, Sintat oder einer anderen Gesundheitsstation, die für die in Suakin verbleibende englische Garnison erforderlich ist, weitergeführt werden. Am Niel sollen die Bewegungen des Wolseley'schen Korps durch die Rücksichten auf den Schutz Oberegyptens gegen die Verbreitung des Aufstandes des Mahdi bestimmt werden. Die Absicht Englands, den Sudan aufzugeben, kann demnach kaum mehr bezweifelt werden und ist demnach all' das englische Blut im Sudan ganz umsonst geflossen. Ob die Gerüchte von dem Umsichgreifen der gegen den Mahdi ausgebrochenen Kontra-Revolution den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen, läßt sich bei der gegenwärtigen Unsicherheit aller Meldungen über den Sudan nur schwer kontrolliren. — Die neuerliche in London eingetroffene Depesche Lumsden's bildet daselbst den Gegenstand eifriger Kabinetberatungen. Dieselbe besagt, die Afghanen hätten die friedlichen Absichten Komaroff's nicht geglaubt und bei den fort-

gesetzten Versuchen, sie zu Feindseligkeiten zu verleiten, nur annehmen können, daß dies allein der Zweck der Russen sei. Die Depesche hebt die Geduld und Mäßigung der Afghanen bei den unausgesetzten Provokationen der Russen hervor. Bei dem Vormarsch am 30. März seien die Afghanen genöthigt gewesen, sich zu vertheidigen. Es sei unrichtig, daß britische Offiziere den Afghanen gerathen hätten, sich nicht zurückzuziehen. Ein am Montag abgehaltener Kabinetsthat erwog diese Depesche und sandte hierauf ein Telegramm nach Petersburg, welches hervorhebt, daß die Russen die Angreifer in dem Gesecht mit den Afghanen gewesen seien, weshalb die britische Regierung sich genöthigt fühle, das früher gestellte Verlangen nach Desavouirung des Vorgehens Komaroff's zu wiederholen. Hiernach zu urtheilen, hat sich die Lage entschieden verschlimmert; auch die „Daily News“ sind der Meinung, daß Lumsden's Telegramm die Krisis schlimmer mache, als sie je gewesen sei. Wegen Komaroff's Verhalten gegen Englands Bundesgenossen erwarte England aus Petersburg bessere Erklärungen als die bisherigen. Hierzu wird sich aber die russische Regierung schwerlich entschließen und so scheint es in der That, als ob die Erhaltung des Friedens nur noch an einem schwachen Faden hängt.

## Das Deutschthum in Oesterreich.

In Hinblick auf den völkerrechtlichen Bund, der das deutsche Reich mit Oesterreich verbindet und der sogar in einen staatsrechtlichen, eine pragmatische Sanktion erhaltenden nach dem Plane seiner Urheber umgewandelt werden und die Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns immer inniger vereinigen soll, ist es von enormer Wichtigkeit, wie sich ferner die Stellung des Deutschthums in Oesterreich gestalten wird. In diesem Sommer soll nun in Oesterreich der Reichsrath neu gewählt werden und wird hierbei das Deutschthum in Oesterreich eine Feuerprobe zu bestehen haben. Bekannt ist, wie in Folge der inneren österreichischen Politik, aber auch durch die Schuld der deutsch-österreichischen liberalen Verfassungspartei, die einem einseitigen politischen Systeme huldigte und den praktischen politischen Aufgaben sich nicht gewachsen zeigte, die parlamentarische Macht in Oesterreich von der Verfassungspartei an die bunte Mehrheit der czechischen, polnischen, südslavischen und Serbischen Mehrheit überging. Wenn nun aber begeisterte Anhänger des Deutschthums in Oesterreich und Deutschland hoffen, daß der neue österreichische Reichsrath eine deutsche, liberale Mehrheit zeigen werde, so gehen sie wohl in ihren Hoffnungen zu weit, da die slavischen Völker in Oesterreich die natürliche Mehrzahl bilden und nach parlamentarischen Rechte auch im Reichsrathe erlangen müssen. Was man aber mit Recht verlangen kann, das ist die Wiederherstellung einer vergrößerten und imponirenden deutschen Partei im österreichischen Reichsrathe, die das Banner des Deutschthums in Oesterreich hoch hält und bei aller Erbitterung für das Haus Oesterreich den übrigen Volksvertretern klar zu machen weiß, daß der österreichische Staat eine Schöpfung deutschen Ursprungs und deutscher Kultur ist und daß Oesterreich nur dann seiner hohen Aufgabe dauernd gerecht werden kann, wenn das Deutschthum der geistige Führer bleibt. Dabei haben die Deutsch-Oesterreicher nicht nöthig, berechnete Eigenthümlichkeiten der anderen österreichischen Volksstämme zu bekämpfen, Oesterreich ist nun einmal von verschiedenen Völkern bewohnt und der innere Friede und die Macht nach außen wird in Oesterreich vielmehr dadurch gefördert, daß die einzelnen Volksstämme sich vertragen und achten lernen und nicht sich gegenseitig befehden und unterjochen. Auf Grund des natürlichen Besitzstandes, den jeder Völkerstamm im parlamentarischen Stimmentampfe sich sichern muß, mögen sie dann im Reichsrathe auftreten. Das Deutschthum wird in Oesterreich sicher allein aber viel-

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Zerbearbeitete und complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandte, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.